

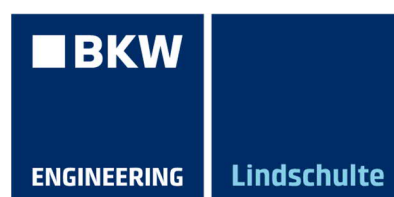
6. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Mossautal Errichtung eines Solarparks im OT Unter-Mossau

Vorentwurf

Begründung



März 2025





Träger der Bauleitplanung

Gemeinde Mossautal
Ortsstraße 124
64756 Mossautal

Mossautal,

den

Herr Dietmar Bareis
- Bürgermeister -

Bearbeiter

Lindschulte Ingenieurgesellschaft mbH
Albert-Schweitzer-Straße 84
67655 Kaiserslautern

Kaiserslautern,

Im März 2025



Gliederung

1.	Aufgabenstellung	5
2.	Verortung und Basisdaten	6
2.1	Geltungsbereich (aktueller Flächennutzungsplan)	6
2.2	Änderungsbereich	7
3.	Grundlagen	9
3.1	Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)	9
3.2	Landesentwicklungsplan Hessen 2000 (LEP 2000)	9
3.3	Regionalplan Südhessen 2010	10
3.4	FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, sonstige Schutzgebiete	12
4.	Planungsziele, Planungsgrundsätze	13
4.1	Planungsanlass	13
4.2	Anderweitige Planungsalternativen	13
5.	Auswirkungen des Bebauungsplanes	17
5.1	Umweltbelange	17
5.2	Flächenbilanz	17
6.	Verfahrensablauf	18
7.	Zusammenfassung	19
8.	Zusammenfassende Erklärung gemäß § 6a BauGB	20

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Bereich der Flächennutzungsplanänderung	5
Abbildung 2	Flächennutzungsplan Lützelbach (Ausschnitt)	7
Abbildung 3	Flächennutzungsplan (Planänderung)	8
Abbildung 4	Landesentwicklungsplan (Ausschnitt)	10
Abbildung 5	Regionalplan Südhessen (Ausschnitt)	11

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Flächennutzung im Geltungsbereich	17
-----------	-----------------------------------	----



Quellenangaben

Geobasisdaten

Für die Abbildungen werden teilweise Grundlagen der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation verwendet (© Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation, 2020).

1. Aufgabenstellung

Die Gemeinde Mossautal (Odenwaldkreis, Hessen) beabsichtigt, im Ortsteil Unter-Mossau im Rahmen der Wahrnehmung der städtebaulichen Entwicklung, einen Bebauungsplan mit dem Ziel der Entwicklung einer weiteren Freiflächen-Photovoltaikanlage (FF-PV-Anlage) inklusive Batteriespeicher aufzustellen. Parallel hierzu ist auch der Flächennutzungsplan zu ändern, damit sich der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickeln kann. Die Gemeinde möchte damit zu einem weiteren Ausbau/Erhöhung der Gewinnung von erneuerbaren Energien auf ihrem Gebiet beitragen

Insgesamt wird auf einer Fläche von rund 8,4 ha eine Änderung der zulässigen Flächennutzung vorgenommen.

Durch die Vorgaben des Baugesetzbuches (§ 8 Abs. 2 und BauGB) muss der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan (im Weiteren FNP) heraus entwickelt werden. Hierzu wird die Gemeinde für den Geltungsbereich des Bebauungsplans den FNP im Parallelverfahren ändern.

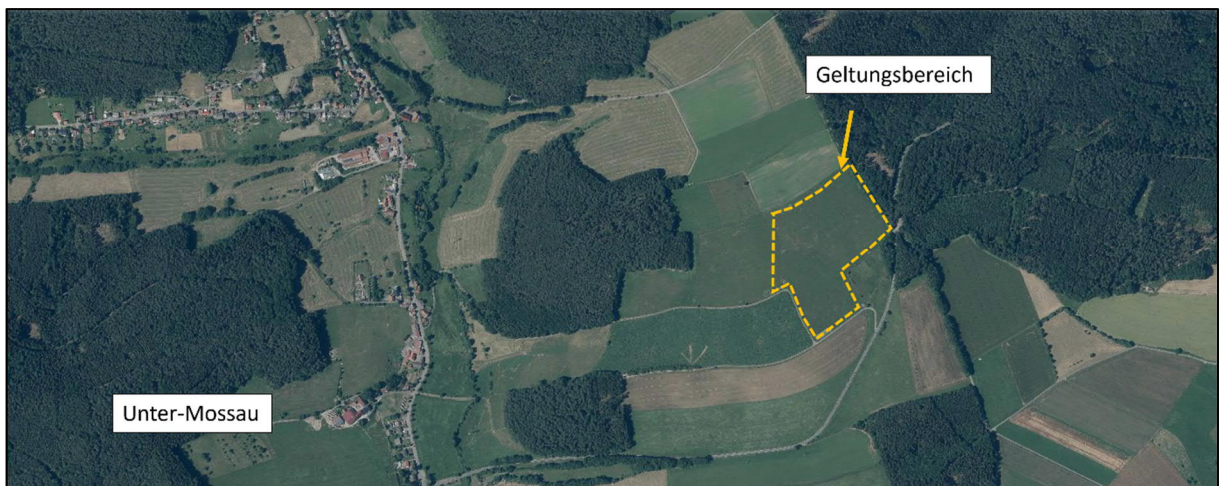


Abbildung 1 Bereich der Flächennutzungsplanänderung



2. Verortung und Basisdaten

In der Gemeinde Mossautal leben derzeit 2.470 Einwohner (Stand: 31.12.2023). Der Gemeinde ist keine Zentrenfunktion nach dem LEP Hessen zugeteilt worden. Der überwiegende Teil der Fläche der Ortsgemeinde sind land- und forstwirtschaftliche Flächen.

Das nächstgelegene Oberzentrum ist Michelstadt in rund 10 km/15 min. Entfernung. Der Geltungsbereich der Änderung befindet sich südöstlich des Ortskerns von Unter-Mossau.

Der Geltungsbereich liegt südöstlich von Unter-Mossau. Die Flächen bestehen in Gänze aus intensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen (Weiden – frischer Standort). An den Geltungsbereich grenzen im Norden und Süden ebenfalls Weiden an. Im Osten grenzt ein Waldbereich an und zudem die Kreisstraße 49 (Mossautal – Erbach).

Im Westen grenzt direkt die Bestandanlage an.

2.1 Geltungsbereich (aktueller Flächennutzungsplan)

Der derzeit gültige Flächennutzungsplan stammt aus dem Jahr 2004 (genehmigt am 08.11.2004).

In diesem wird der Geltungsbereich und seine Umgebung verschiedene Darstellungen getroffen worden. Der Geltungsbereich selbst ist in Gänze als „Fläche für die Landwirtschaft“ gekennzeichnet.

Im Umfeld wurde nachrichtlich ein Wasserschutzgebiet übernommen (Trinkwasserschutzgebiet Zone III).

Im Westen grenzt ein Sondergebiet an (PV-Freiflächenanlage im Bestand), der Norden, Süden und Südwesten ist ebenfalls Landwirtschaftliche Fläche.

Im Osten/Südosten befindet sich eine Fläche, welche als „geplanter Geschützter Landschaftsbestandteil“ gekennzeichnet ist. Hier entspringt ein Gewässer, wessen Umfeld flächenhaft als geschützte Biotope dargestellt sind. Zudem besteht hier ein Waldgebiet.

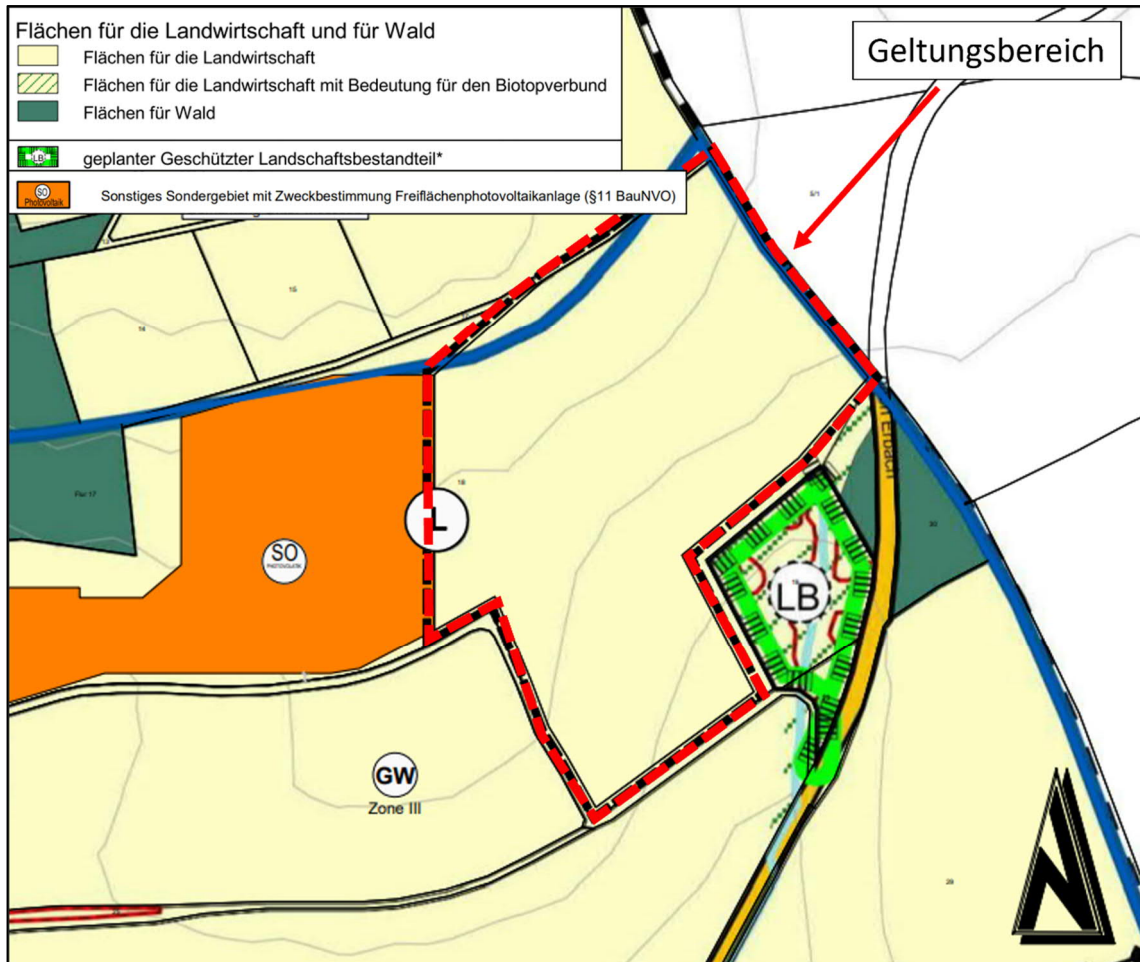


Abbildung 2 Flächennutzungsplan Lützelbach (Ausschnitt)

2.2 Änderungsbereich

Um nun die Freiflächenphotovoltaikanlage realisieren zu können, ist der Flächennutzungsplan für das Teilgebiet zu ändern. Es soll nun ein Sondergebiet "Photovoltaik" für die PV-Fläche dargestellt werden.

Diese Ausweisung ermöglicht es, in Anpassung an die BauNVO, einen Gebietstyp im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens festzusetzen, welcher die Errichtung einer Photovoltaikanlage ermöglicht.

Im Norden, Osten und Süden werden Grünflächen für die Eingrünung und Ausgleich ermöglicht.

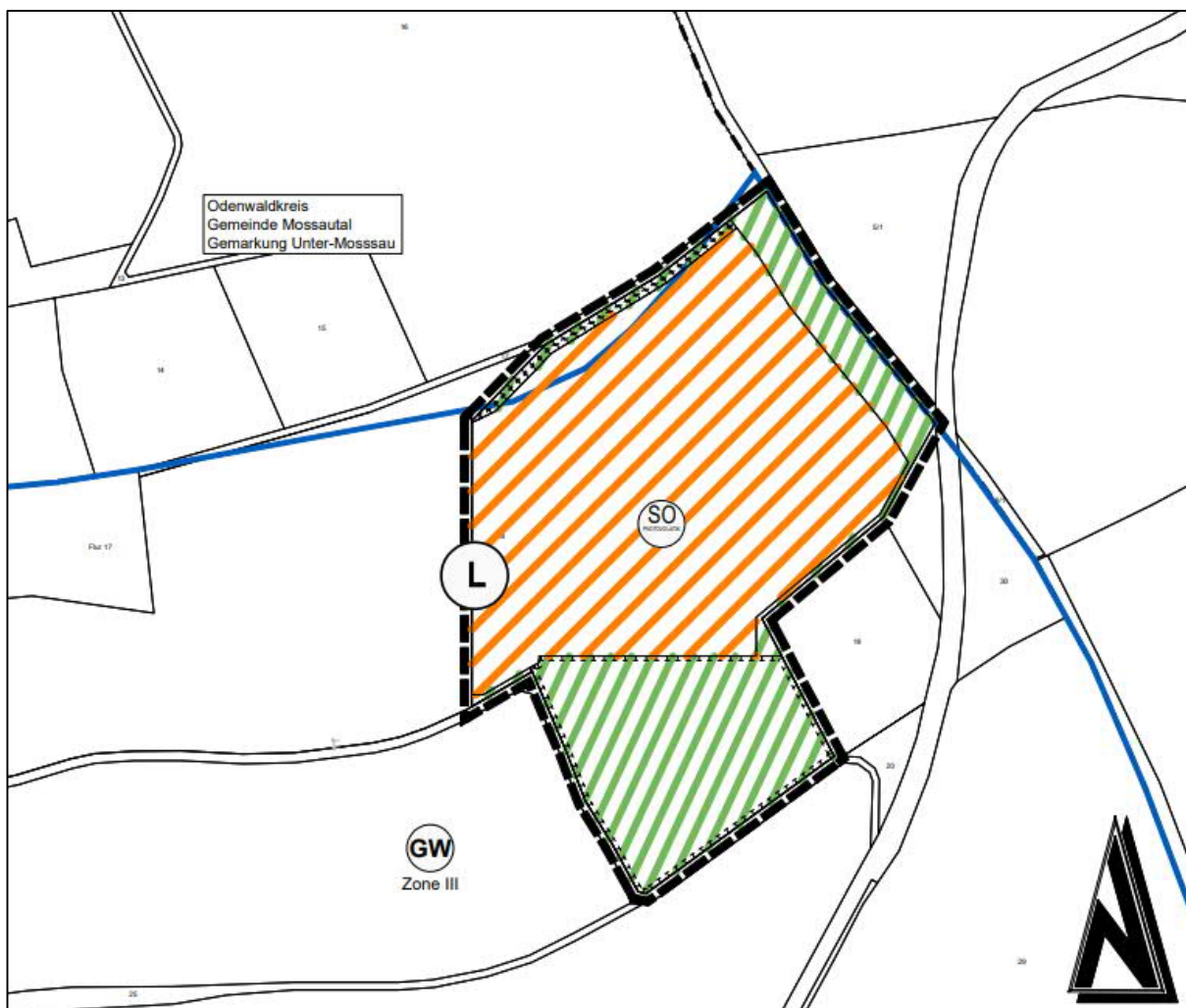


Abbildung 3 Flächennutzungsplan (Planänderung)



3. Grundlagen

3.1 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wurde mit Dringlichkeit zum 01.01.2023 über das geänderte EEG gesetzlich festgelegt. Ziel ist es hier, das Ausbautempo zu erhöhen und die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Dies dient hier v. a. dem "überragenden öffentlichen Interesse".

Die Bundesregierung¹ führt hierzu aus:

"[...], dass die erneuerbaren Energien im überwiegenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Das ist entscheidend, um das Ausbautempo zu erhöhen. Damit haben sie bei Abwägungsentscheidungen künftig Vorrang vor anderen Interessen. Somit kann das Tempo von Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich erhöht werden. [...]".

3.2 Landesentwicklungsplan Hessen 2000 (LEP 2000)

In Kapitel 8.3 "Klima, Luftreinhaltung und Lärmschutz" des LEP 2000 wird auf die aktuelle Klimaschutzproblematik nicht eingegangen. Hier geht es lediglich um Frischluftschneisen und -bahnen, Kaltluftentstehungsgebiete etc. Dies ist für die Planung ohne Belang.

Zum Thema 11. Energie wird erklärt:

"Z In die Regionalpläne sind regional bedeutsame Planungen und Maßnahmen aufzunehmen, die eine Optimierung der Energieinfrastruktur unter den vorgenannten Grundsätzen unterstützen. Dies betrifft sowohl den Aus- bzw. Neubau von regional bzw. überörtlich bedeutsamen Erzeugungsanlagen sowie Leitungen zur Elektrizitäts-, Fernwärme- und Gasversorgung unter Anwendung der Kraft-Wärme-Kopplung als auch die verstärkte Anwendung von Technologien zur Nutzung regenerativer Energien. Die Errichtung von Anlagen, die diesen Zielsetzungen entsprechen, ist mit Ausnahme von Windkraftanlagenparks in den regionalplanerischen Bereichen für Industrie und Gewerbe mit den Erfordernissen der Raumordnung vereinbar."

Diese Grundsätze, die in den Regionalplänen beachtet werden sollen, werden bei der vorgesehenen Planung einer Freiflächenphotovoltaikanlage beachtet.

Die aktuell gültige 3. Fortschreibung des LEP 2000 vom September 2018 sieht zu Photovoltaikanlagen folgende Grundsätze vor:

¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/novelle-eeg-gesetz-2023-2023972>, zuletzt aufgerufen 24.08.2023

"5.3.2.1-1 (Z): Die Nutzung der solaren Strahlungsenergie auf und an baulichen Anlagen hat Vorrang vor der Errichtung großflächiger Anlagen auf Freiflächen (Freiflächen-Solaranlagen). Ausgenommen hiervon sind Freiflächen-Solaranlagen, wenn der Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen gebietlichen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist. Bei der Standortwahl sind Flächen entlang von Bundesautobahnen, Schienenwegen, Deponien, Lärmschutzwällen sowie Konversionsgebieten sowie in unmittelbarer Nähe liegende, baulich bereits vorgeprägte Gebiete vorrangig in Betracht zu ziehen. Nachrangig können auch die für eine landwirtschaftliche Nutzung benachteiligten Gebiete einbezogen werden."

"5.3.2.1-2 (Z) In den Regionalplänen sind Gebietskategorien festzulegen, in denen die Errichtung von Freiflächen-Solaranlagen mit den Erfordernissen der Raumordnung vereinbar ist."

Da keine weitere dieser Voraussetzungen in der Gemeinde Lützelbach zutrifft, soll die Freiflächenphotovoltaikanlage im Außenbereich entwickelt werden, um einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können.

Für den Geltungsbereich wird die Forstwirtschaft als Vorzugsgebiet beschrieben/dargestellt.

Die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage steht dem nicht entgegen, da hier Offenlandbereiche genutzt werden sollen und die umliegenden Waldflächen nicht überplant werden.

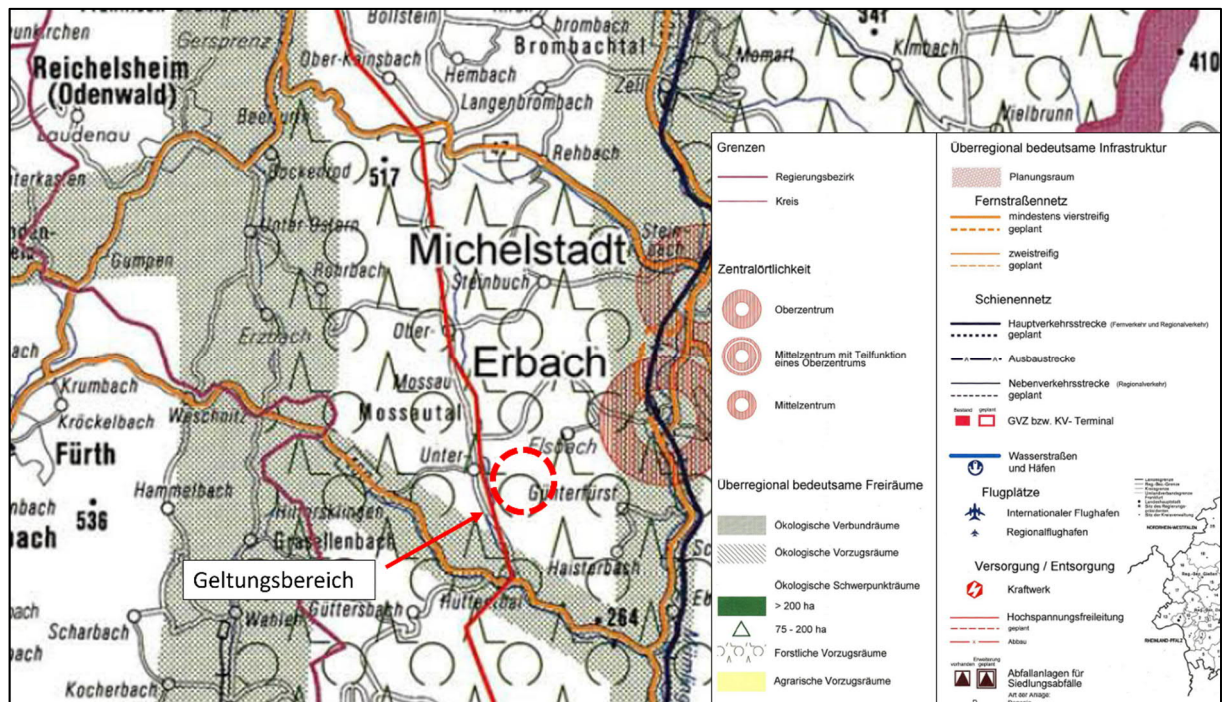


Abbildung 4 Landesentwicklungsplan (Ausschnitt)

3.3 Regionalplan Südhessen 2010

In Kapitel 8 des Regionalplanes Südhessen wird unter Punkt G8.2-1 Folgendes erklärt:

"Regenerative Energiepotenziale sollen im Interesse des globalen und regionalen Klimaschutzes, soweit ökologisch vertretbar, genutzt werden. Im Rahmen der Erarbeitung von Energiekonzepten kann ihre örtliche und regionale Einsatzfähigkeit überprüft werden. Die in der Region verfügbaren regenerativen Energien, wie Wind- und Sonnenenergie, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie, sollen nach dem Stand der Technik eingesetzt werden."

Über 8,2 TWh Strom wurden 2021 in Hessen mit erneuerbaren Energien erzeugt (Quelle: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen). Gemäß Energiemonitorbericht 2022 lag der Anteil der Stromerzeugung aus regenerativen Energien in Hessen bei 49 %². Bis 2050 will Hessen seinen Bedarf an Strom und Wärme vollständig aus erneuerbaren Energiequellen decken.

Um nun den Ausbau zu unterstützen, möchte die Gemeinde ebenfalls einen Beitrag hierzu leisten und eine weitere Freiflächenphotovoltaikanlage ermöglichen.

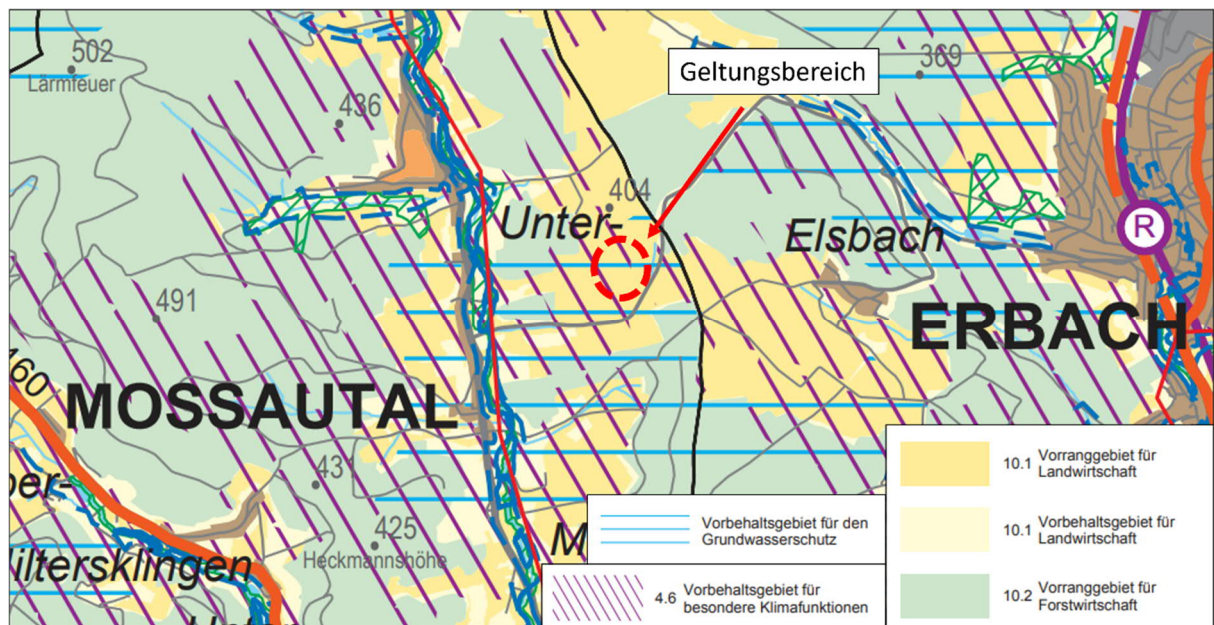


Abbildung 5 Regionalplan Südhessen (Ausschnitt)

Im Regionalplan Südhessen 2010 ist im Geltungsbereich Vorranggebiet für Landwirtschaft ausgewiesen.

Des Weiteren ist über den Geltungsbereich und im Umfeld ein Vorbehaltsgebiet für die besondere Klimafunktion und für den Grundwasserschutz im Plan dargestellt.

Zu allen Seiten in weiterer Entfernung befinden sich außerhalb des Geltungsbereiches Flächen für die Forstwirtschaft (Vorranggebiet).

Vorranggebiete für Landwirtschaft sind ein Ziel der Raumplanung, die in der nachfolgenden Bauleitplanung zu berücksichtigen sind.

Aktuell (Stand: März 2025) ist ein Zielabweichungsverfahren anhängig. Welches die Belange der Ziele und Grundsätze der Raumordnung (u.a. die Inanspruchnahme von Flächen im Vorranggebiet für Landwirtschaft) abklären soll.

² https://wirtschaft.hessen.de/sites/wirtschaft.hessen.de/files/2022-12https://wirtschaft.hessen.de/sites/wirtschaft.hessen.de/files/2022-12/monitoringbericht_2022_web.pdf?_sm_a_u_=iVVD3Q1LrPGsVkbM, zuletzt aufgerufen 15.03.2023



Das Vorranggebiet für Natur- und Landschaft ist durch die Planung nicht betroffen. Zwischen diesen Flächen und der Änderungsfläche befinden sich weitere Wiesenflächen. Dazu trennt in Teilen die Topografie (Hänge) die Flächen voneinander ab.

Für das Vorbehaltsgebiet "Besondere Klimafunktion" werden sich die Änderungsabsichten und gegebenenfalls spätere Photovoltaikanlage nicht erheblich negativ auf Kalt- und Frischluftabflussschneisen auswirken. Allerdings wirkt sich eine Photovoltaikanlage positiv auf den Klimaschutz aus, da hier Energie aus regenerativen Energiequellen erzeugt wird, was zu einer Reduzierung der CO₂-Emissionen bei der Erzeugung von Energie führt.

3.4 FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, sonstige Schutzgebiete

Das festgesetzte Trinkwasserschutzgebiet Brunnen Unter-Mossau, Mossautal, Zone III überdeckt den gesamten Geltungsbereich.

Andere Schutzgebiete wie FFH (Fauna-Flora-Habitat), Vogelschutz, Natura 2000, Ausgrabungsschutz, Biotopschutz oder Heilquellenschutzgebiete sind nicht im Geltungsbereich.

Der Geltungsbereich befindet sich, wie der gesamte Odenwaldkreis, im Geo-Naturpark "Bergstraße-Odenwald".

Biotopkartierung

Im Osten befindet sich eine Fläche, welche als „geplanter Geschützter Landschaftsbestandteil“ gekennzeichnet ist. Hier entspringt ein Gewässer, wessen Umfeld flächenhaft als geschützte Biotope dargestellt sind.

Sonstige Grundlagen

Für den Bereich des nachsorgenden Bodenschutzes gilt, dass keine Altlastenflächen, Altablagerungen, Altstandorte, schädliche Bodenveränderungen oder Verdachtsflächen bekannt sind.



4. Planungsziele, Planungsgrundsätze

4.1 Planungsanlass

Der Flächennutzungsplan, und nachgelagert ein Bebauungsplan, verfolgt die in § 1 Abs. 5 BauGB formulierten gesetzlichen Zielvorgaben, eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodenordnung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleistet.

Sie soll dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln.

Die Änderung des Flächennutzungsplanes wird durch die geplante Aufstellung eines Bebauungsplanes für ein Sondergebiet "Photovoltaik" bedingt.

Zur gesamtstädtischen und städtebaulichen Ordnung ist es erforderlich, eine aufeinander abgestimmte Planung vorzunehmen. Hiermit wird weiter erreicht, dass eine geringstmögliche Neuversiegelung bzw. Flächenverbrauch im Außenbereich erzielt wird. Durch die Änderung kann gemeinverträglich ein weiteres Sondergebiet zur Erzeugung elektrischer Energie durch Photovoltaik entwickelt werden. Die Errichtung einer Photovoltaikanlage dient auch dem in § 1 Abs. 6 Nr. 7 f BauGB verankerten Grundsatz des Klimaschutzes durch die Erzeugung von Energie aus regenerativen Energiequellen. Dies wird insbesondere durch das EEG 2023 (siehe Kapitel 3.1) nochmals gestärkt.

4.2 Anderweitige Planungsalternativen

Im Sinne des Vermeidungsgebotes und zum sorgsamem Umgang mit Grund und Boden sind mögliche Alternativen zu ermitteln.

Weiter sind mögliche unterschiedliche Ausführungsalternativen am Standort selbst zu prüfen.

Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Mossautal sind keine Gebiete für die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen dargestellt – ausgenommen die Bestandsanlage. Aus diesem Grund wurde im Zusammenhang mit der Änderung des Flächennutzungsplanes untersucht, ob Alternativstandorte für Freiflächenphotovoltaikanlagen im Gemeindegebiet bestehen, die besser geeignet sind als der derzeitige Vorhabenstandort. Diese Untersuchung erfolgte anhand von Kriterien auf Grundlage bestehender gesetzlicher Vorgaben.

Folgende rechtliche Grundlagen wurden u.a. herangezogen:

1. Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023)
2. Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)
3. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)
4. Regionaler Flächennutzungsplan Südhessen 2010



Für die Standortfindung sind unterschiedliche Kriterien nach den jeweiligen Vorgaben heranzuziehen. Hierzu zählen auch Standortkriterien, welche nach technischen und unternehmerischen Aspekten berücksichtigt werden müssen.

Nach dem § 37 EEG sind vor allem Flächen heranzuziehen, welche:

- als Konversionsfläche gelten (vormalige Nutzung: hier war wirtschaftliche, verkehrliche, wohnungsbauliche oder militärische Natur)
- entlang von Autobahnen oder Schienenwegen liegen, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung bis zu 500 m errichtet werden soll
- als Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben gelten
- als Ackerland oder Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen.

Es sind auch Flächen auszuschließen, welche für den Naturschutz besonders bedeutsam sind. Hierzu zählen:

- FFH-Gebiete
- Vogelschutzgebiete
- Naturschutzgebiete
- Naturdenkmäler
- Grund-, Trink- und Heilquellenschutzgebiete
- Überschwemmungsgebiete.

Weitere Ausschlussflächen ergeben sich über den Regionalen Flächennutzungsplan Südhessen 2010 - Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien 2019. Hier werden unter dem Kapitel 3.4 Solarenergie und dem Grundsatz 3.4.1-3 folgende Kriterien genannt:

- Vorranggebiet Siedlung, Bestand und Planung
- Vorranggebiet für Natur und Landschaft
- Vorranggebiet für Forstwirtschaft
- Trassen und Standorte der regionalplanerisch dargestellten Verkehrs- und Energieinfrastruktur
- Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten, Planung

Zugleich wird mit dem Grundsatz G 3.4.1-4 nach einer Einzelfallprüfung eine Flächennutzung zugestanden. Die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete sind:

- Vorranggebiet Industrie und Gewerbe, Bestand und Planung
- Vorranggebiet für Landwirtschaft
- Vorrang- und Vorbehaltsgebiet für vorbeugenden Hochwasserschutz
- Vorranggebiet Regionaler Grünzug
- Vorranggebiet Regionalparkkorridor
- Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten, Bestand
- Vorbehaltsgebiet oberflächennaher Lagerstätten
- Vorbehaltsgebiet für Forstwirtschaft
- Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft
- Vorranggebiet für Windenergienutzung
- Vorbehaltsgebiet für besondere Klimafunktionen
- Vorbehaltsgebiet für den Grundwasserschutz.



Aus Sicht eines Betreibers sind technische und unternehmerische Gesichtspunkte zu berücksichtigen, diese sind:

- die Flächenverfügbarkeit
- die Flächengröße und -zuschnitt
- die Besonnung
- die Exposition und Geländeverschattung
- geringer Erschließungsaufwand
- geringer Aufwand für den Anschluss für den Mittelspannungsanschluss.

Flächensuche:

In der Gemeinde Mossautal wurden nach den vorgenannten Kriterien mittels einer Luftbildauswertung und nachfolgender Begehung respektive Befahrung Flächen ermittelt. Im Rahmen dieser Flächenermittlung hat sich gezeigt, dass in der Gemeinde nur wenige Flächen den obigen Kriterien entsprechen. Der Großteil der Gemeinde ist von Wald bestanden. Hiernach folgen offene Flächen (Wiesen, Weiden) und Siedlungsräume.

In der gesamten Gemeinde konnten weder ausreichend große Konversions- oder Gewerbeflächen noch versiegelte, ungenutzte Flächen (Parkplätze, Brachflächen) ermittelt werden. Dasselbe gilt auch für Bundesautobahnen oder Schienenwege, alte Rohstoffabbaugebiete oder qualitativ minderwertige Acker- oder Grünlandflächen außerhalb von landwirtschaftlichen Vorrangflächen.

Eine mögliche Variante ist die Mehrfachnutzung einer bestehenden Überlandleitung und deren Schutzstreifen bzw. benachbarte Flächen. Allerdings verläuft diese Leitung weitestgehend im Talgrund des Mossaubaches. Die Leitung überspannt hier den Mossaubach und dessen nahe Uferbereiche (zumeist Lebensraum von einer Vielzahl Tieren und Pflanzen) und Siedlungskörper sowie Straßenverkehrswege (Einhaltung von Abstandflächen). Die wenigen nutzbaren Flächen sind im direkten Umfeld von Waldbereichen gesäumt, sodass unter Einbeziehung von Waldabstandsflächen (Tierschutz, Beschattung und Anlagensicherheit) diese Bereiche ebenfalls wegfallen.

In Ober-Mossau besteht ein untergenutzter Sportplatz, welcher als potenzielle Standort dienen könnte. Hier wird aber gegenwärtig ein Bauleitplanverfahren betrieben, um die Fläche als Wohnmobilstandort zu nutzen.

Durch diese Einschränkungen und rechtlichen Vorgaben konnten keine besser geeigneten Flächen generiert werden.

Aktuell (Stand: März 2025) ist ein Zielabweichungsverfahren anhängig. Welches die Belange der Ziele und Grundsätze der Raumordnung abklären soll.

Um einen Ausbau der Gewinnung solarer Energie zu ermöglichen, müssen weitere landwirtschaftliche Flächen herangezogen werden. Diese sind aktuell im Gemeindegebiet überwiegend als "Vorranggebiet für die Landwirtschaft" ausgewiesen. Um die Betroffenheit des Naturraumes in Bezug auf optische Beeinträchtigungen, der Nutzbarkeit von landwirtschaftlich genutzten Flächen (Äcker und Felder) und der umliegenden Siedlungsbereiche so gering wie möglich zu halten, sollen die Flächen im Umfeld der Bestandsanlage genutzt werden.



Hier besteht durch die Bestandsanlage bereits eine Anbindung an das Stromnetz. Die vorhandene Leitung wurde im Rahmen der Bestandsanlage verlegt und führt bis nach Lauerbach. Somit entfällt ein Eingriff in Natur und Landschaft.

Für die Gemeinde würden zukünftig mit der Bestandsanlage und der aktuellen Planung rund 0,75% der 36 ha landwirtschaftlichen Fläche für PV-Anlagen zur Verfügung gestellt werden.

Auch die Baustellenzufahrt kann über die Landesstraße (von Südosten her) und dem befestigten Weg bestmöglich mit geringen Behinderungen für den Verkehr und Umwelt ermöglicht werden.



5. Auswirkungen des Bebauungsplanes

5.1 Umweltbelange

Im Rahmen der Planung wurden vier Ortsbegehungen im Jahr 2024 von der Lindschulte mbH im Untersuchungsraum mit entsprechender Biotoptypen- und Tierartenkartierung durchgeführt.

- 20.04.2024
- 21.05.2024
- 20.06.2024
- 29.07.2024

Es ist absehbar, dass es zu Beeinträchtigungen kommen kann, wenn auf Basis des Flächennutzungsplanes eine Planung entwickelt und umgesetzt wird. Es sind, an der Gesamtfläche orientiert, geringe Versiegelungen auf den Grünflächen zu erwarten und das Landschaftsbild wird sich durch die Errichtung der Anlagen verändern, da hier technische Anlagen geplant werden und diese den Grünraum überdecken werden.

Weiter sind die Schutzgüter im Bereich der Umwelt nicht erheblich nachteilig beeinträchtigt. Hierfür sind im Rahmen der nachgelagerten Bebauungsplanung Maßnahmen zur Vorbeugung und Ausgleich vorzunehmen.

Die Maßnahmen im Rahmen der Bebauungsplanung sind u. a. die Extensivierung der Wiesenflächen hin zu Extensivrasen, teilweise Eingrünung der Anlage und die Anlage von Ausgleichsflächen für die Feldlerche im Geltungsbereich und nicht auf weiteren zusätzlichen externen Flächen.

Weitere Aussagen können dem Umweltbericht entnommen werden.

5.2 Flächenbilanz

Der Geltungsbereich hat eine Gesamtgröße von rund 8,4 ha. Die Fläche ist zur Gänze als Wiesen- und Weidefläche kartiert.

In der Sondergebietsfläche werden alle Anlagenteile (Modultische [inklusive Zwischenabstände], Technikgebäude, neue Zuwegung und Bestandswege) erfasst, die Grünflächen sind dem Ausgleich zuzurechnen.

Tabelle 1 Flächennutzung im Geltungsbereich

Nutzungsart	Fläche [m²]	Fläche [%]
Sondergebiet (für PV-Anlage)		
Private Grünflächen		
Gesamtfläche		100,0



6. **Verfahrensablauf**

Der FNP wird/wurde öffentlich ausgelegt, um der Öffentlichkeit die Gelegenheit zu geben, zur vorgelegten Planung eine Stellungnahme abzugeben. Gleichzeitig wurden alle Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange angeschrieben, mit der Bitte, ebenfalls entsprechende Anregungen und Hinweise zum Entwurf des FNP vorzulegen.

Die Unterlagen können in den Räumlichkeiten und im Online-Auftritt der Gemeinde eingesehen werden.

Ablauf des Verfahrens

Aufstellungsbeschluss	11.11.2024
Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (gemäß § 3 Abs. 1 BauGB)	
Frühzeitige Beteiligung der Behörden u. sonstiger Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 1 BauGB)	
Offenlage (gemäß § 3 Abs. 2 BauGB)	
Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB)	
Abwägungsbeschluss (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB)	
Beschluss	

Hinweise und Anregungen zu Umweltbelangen

Die im Verfahren gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB sowie § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen mit Umweltbelangen wurden berücksichtigt.



7. Zusammenfassung

Die Gemeinde Mossautal möchte mit der Änderung des Flächennutzungsplanes ermöglichen, dass auf einer intensiv genutzten landwirtschaftlichen Fläche eine weitere Photovoltaik-Freiflächenanlage errichtet werden kann. Es soll die Errichtung einer Photovoltaikanlage in einem Sondergebiet ermöglichen. Der ebenfalls erforderliche Bebauungsplan wird parallel aufgestellt.

Die Fläche der Flächennutzungsplanänderung beträgt rund 8,4 ha.

Die Landes- und Regionalplanung weisen grundsätzlich keine widersprüchlichen Aussagen zur geplanten Entwicklung auf. Im Geltungsbereich der Änderung besteht aktuell ein Bereich, welcher ein Ziel der Raumordnung (Vorranggebiet Landwirtschaft) darstellt.

Der Flächennutzungsplan muss dahingehend angepasst werden, dass Teile der landwirtschaftlichen Fläche in ein "Sondergebiet Photovoltaik" umgewandelt werden. Dies ist erforderlich, damit die rechtliche Vorgabe (§ 8 Abs. 2 S. 1 BauGB) der Entwicklung eines Bebauungsplanes aus dem Flächennutzungsplan entsprochen werden kann.

Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Änderung des Flächennutzungsplanes erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt und die Schutzgüter im gesamten Gemeindegebiet hat.

Die zu erwartenden nicht erheblichen Umweltbeeinträchtigungen auf Ebene der Flächennutzungsplanung im Bereich des zukünftigen Bebauungsplanes und des gesamten Änderungsbereiches werden im Umweltbericht, unter Berücksichtigung der Stellungnahmen aus den Verfahren, dargestellt.



8. Zusammenfassende Erklärung gemäß § 6a BauGB

Gemäß § 10a BauGB ist der Teiländerung des Flächennutzungsplanes eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden Planungsalternativen gewählt wurde.

Ablauf des Verfahrens

Aufstellungsbeschluss	11.11.2024
Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (gemäß § 3 Abs. 1 BauGB)	
Frühzeitige Beteiligung der Behörden u. sonstiger Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 1 BauGB)	
Offenlage (gemäß § 3 Abs. 2 BauGB)	
Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB)	
Abwägungsbeschluss (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB)	
Satzungsbeschluss	

Ziel der Teiländerung des Flächennutzungsplanes

Die Gemeinde Mossautal (Odenwaldkreis, Hessen) beabsichtigt, im Ortsteilen Unter-Mossau im Rahmen der Wahrnehmung der städtebaulichen Entwicklung, einen Bebauungsplan mit dem Ziel der Entwicklung einer weiteren Freiflächen-Photovoltaikanlage (FF-PV-Anlage) aufzustellen. Parallel hierzu ist auch der Flächennutzungsplan zu ändern, damit sich der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickeln kann. Die Gemeinde möchte damit zu einem weiteren Ausbau/Erhöhung der Gewinnung von erneuerbaren Energien auf ihrem Gebiet beitragen. Die Flächengröße beträgt 8,4 ha.

Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange

Der § 2 Abs. 4 BauGB gibt vor, dass im Verfahren zur Aufstellung eines Bauleitplanes eine Umweltprüfung durchzuführen ist. Das Ergebnis ist in dem Umweltbericht, der ein gesonderter Teil der Begründung der Planaufstellung/Änderung ist, festzuhalten. Nach der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit bzw. der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB und den entsprechenden Abstimmungen des Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB erfolgt die Darstellung der Ergebnisse im Umweltbericht. Durch die Umweltprüfung können vorhersehbare erhebliche Beeinträchtigungen der Umwelt sowie deren Wechselwirkungen ermittelt werden. Das Vorhaben wird deshalb eingehend auf seine Wirkungen auf die Schutzgüter nach § 2a BauGB untersucht.

Die Ergebnisse der Umweltprüfung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Aussagen hierzu werden nach Abschluss der Offenlagen hier aufgeführt werden.

Art und Weise der Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung



Aussagen hierzu werden nach Abschluss der Offenlagen hier aufgeführt werden.

Integration der Umweltbelange und Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Aussagen hierzu werden nach Abschluss der Offenlagen hier aufgeführt werden.

Ergebnis der Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten und Begründung der gewählten Planvariante

Aussagen hierzu werden nach Abschluss der Offenlagen hier aufgeführt werden.



Aufgestellt:

Lindschulte Ingenieurgesellschaft mbH
Albert-Schweitzer-Straße 84
67655 Kaiserslautern

Kaiserslautern, im März 2025

B. Sc./Ing. Raumplanung
M. Sc. Umweltplanung und Recht C. Hahn

